

Linkes Regieren geht nur sozialistisch - Keine Koalition mit SPD und Grünen

Antragstellerin: BO Reuterkiez

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Linke Neukölln setzt sich dafür ein, dass die Linke bei den kommenden Abgeordnetenhauswahlen stärkste politische Kraft wird. Wahlen und Wahlkämpfe sind für uns jedoch kein Selbstzweck. **Unser Ziel ist die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft.** Das werden wir nur auf Basis großer Klassenkämpfe erreichen – und indem wir eine starke Partei der arbeitenden Klasse aufbauen. Unseren Wahlkampf und unsere Arbeit im Parlament betreiben wir mit dieser Zielstellung. Wir wollen Widerstand von Beschäftigten, Mieter*innen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten organisieren und vorantreiben, ihn ins Parlament tragen und eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus propagieren.

Der Bezirksverband setzt sich dafür ein, dass der Wahlkampf so geführt wird, dass der Kampf um Stimmen mit dem praktischen Aufbau der Linken sowie der sozialen Kämpfe verbunden wird. Wir setzen uns gegen einen einseitigen Anti-AfD-Wahlkampf sowie einen „Lagerwahlkampf“ ein, der SPD und Grüne schont. Wir sehen die Aufgabe darin, die unsoziale und rassistische Politik aller pro-kapitalistischen Parteien anzugreifen und ihr eine linke Alternative gegenüberzustellen.

Der Bezirksverband setzt sich dafür ein, dass der Landesverband ein radikales, klassenkämpferisches und sozialistisches Wahlprogramm beschließt. Dieses muss weitreichende soziale Verbesserungen für die Bevölkerungsmehrheit beinhalten, die Lösungen über das kapitalistische System hinaus anbieten. Folgende wesentliche Eckpunkte schlagen wir dazu vor:

- die Rücknahme aller Privatisierungen und Kürzungen der letzten Jahre
- die Umsetzung des Volksentscheides zur Enteignung der Immobilienkonzerne und die Verteidigung des Volksentscheid zur Erhaltung des Tempelhofer Felds.
- die sofortige Einführung einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich im öffentlichen Dienst
- massive Investitionen und Aufbau von mehr Personal im öffentlichen Dienst, u.a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Integration, Kultur und Soziales
- Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Einführung eines kostenlosen ÖPNV, zusammen mit der Entwicklung neuer ökologischer Mobilitätskonzepte für die Stadt, die sozialverträglich sind
- ein umfangreiches Bauprogramm der städtischen Wohnungsunternehmen für günstigen kommunalen Wohnraum, Senkung der Mieten auf ein kostendeckendes Niveau von 5,50 €/m² kalt und Einführung eines Mietendeckels für kommunales Wohnen
- Stopp von Zwangsräumungen und -umzügen und ein Sofortprogramm zur Abschaffung von Obdach- und Wohnungslosigkeit
- die Aufstellung eines bedarfsgerechten Haushalts, der die Bedürfnisse der Berliner Beschäftigten, Mieter*innen, Jugendlichen, Rentner*innen und sozial Benachteiligten in den Mittelpunkt stellt

- Maßnahmen, welche die Haushaltslage auf Kosten der Super-Reichen, Banken und Konzerne verbessern: u.a. deutliche Gewerbesteuererhöhung, Stopp unnötiger und teurer Prestigeobjekte (z.B. Olympiabewerbung und A100-Ausbau), Stopp der Zinszahlungen an die Banken. Forderung an den Bund, mehr Geld für Länder und Kommunen bereitzustellen, u.a. durch höhere Steuern auf große Vermögen, Gewinne und Erbschaften
- ein Nein zu allen Abschiebungen und Einsatz für gleiche Rechte für alle hier Lebenden.

Die Linke sollte ihren Wähler*innen und allen Berliner*innen erklären, dass sie bereit ist, für solch ein Programm zu regieren. Aber sie sollte auch erklären, dass eine solche Regierung etwas völlig Neues wäre und sich von allen bisherigen unterscheiden müsste. Denn eine linke Regierung kann Verbesserungen nicht wie Geschenke verteilen. Verbesserungen müssen zusammen mit Druck aus Betrieben, Unis und Schulen erkämpft werden – gegen den Widerstand der Banken und Konzerne, der Bundesregierung, der bürgerlichen Presse, etc. Eine linke Regierung, die sich als Teil und Speerspitze der sozialen Kämpfe versteht, müsste ab Tag 1 in den Konflikt mit der pro-kapitalistischen Bundesregierung, den systemischen „Sachzwängen“ und den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen treten.

Die Linke sollte daher auch erklären, dass sie sich nur an einer Regierung beteiligt, die sich mit dem Kapitalismus anlegt; die also zu Widerstand und Massenprotesten in Berlin und anderen Bundesländern aufruft, um wirkliche Verbesserungen zu erkämpfen. Sie sollte dafür eine „Koalition“ mit Gewerkschaften, Belegschaften, Mietenbewegung und sozialen Organisationen anstreben und Wege finden, ihre Politik im Dialog mit der arbeitenden Bevölkerung zu erarbeiten und zu beschließen. Das ginge zum Beispiel durch entscheidungsbefugte Versammlungen demokratisch gewählter Vertreter*innen der Gewerkschaften, Belegschaften und breiteren arbeitenden Bevölkerung, durch Stadtteilversammlungen, Versammlungen an Schulen und Universitäten etc. Linke-Vertreter*innen in Parlament und Regierung sollten sämtliche Diäten und Bonusbezüge, die über einem durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn liegen, an den Aufbau einer solchen Bewegung abführen. Die Partei sollte so zeigen, dass Verbesserungen erkämpft werden können, ohne zu vergessen zu erklären, dass sie im Rahmen des Kapitalismus immer gefährdet bleiben und es deshalb eine sozialistische Veränderung fernab der Profitlogik und Konzernmacht geben muss.

Solch eine Politik ist im Bündnis mit pro-kapitalistischen Parteien undenkbar. Der Bezirksverband zieht eine negative Bilanz aller bisherigen Regierungsbeteiligungen der Linken und PDS. Unterm Strich haben diese dazu geführt, dass die Linke sich an der Verwaltung des kapitalistischen Status quo beteiligt hat, Kürzungen und Privatisierungen mit umgesetzt bzw. nicht rückgängig gemacht und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung und sozialen Bewegungen eingebüßt hat. Zuletzt waren es die Vertreter*innen der Linken in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, die der Partei schweren politischen Schaden zugefügt haben, als sie als Teil „ihrer“ Koalitionen im Bundesrat für das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung gestimmt haben. Indem Die Linke im Bündnis mit SPD und Grünen mehr und mehr als Teil des Establishments wahrgenommen wird, kann sich die AfD als vermeintliche „einzige Opposition“ profilieren und den gesellschaftlichen Unmut für ihre rassistische und arbeiter*innenfeindliche Politik nutzen.

Wir lehnen gemeinsame Regierungen mit pro-kapitalistischen Parteien, einschließlich SPD und Grünen, daher ab. Das bedeutet nicht, dass Die Linke eine Abwahl der CDU blockieren müsste, wenn das Wahlergebnis dies ermöglicht. Ebenso wenig verantwortet die Linke mit dieser Haltung eine Regierungsbeteiligung der AfD – unabhängig davon, ob dieses Szenario nach dieser Wahl in Berlin eintreten könnte. Sollten SPD, Grüne und Linke zusammen eine parlamentarische Mehrheit haben, könnte Die Linke SPD und Grünen anbieten, eine rot-grüne Minderheitsregierung ins Amt zu bringen. So könnte man SPD und Grüne auffordern, ihre Bereitschaft für linke Maßnahmen unter Beweis zu stellen, ohne dass dafür von unserer Seite Koalitions- oder Tolerierungsverträge unterschrieben werden müssten. Partei und Fraktion könnten dann jedes Gesetz dieser Regierung per Einzelfallentscheidung danach beurteilen, ob es eine Verbesserung oder Verschlechterung für die arbeitende Mehrheit darstellt, und entsprechend abstimmen.

Begründung

Die Linke hat die Chance, stärkste Kraft bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen zu werden. Damit gehen große Chancen einher, die Partei weiter aufzubauen und linke, sozialistische Ideen zu stärken.

Es gibt aber auch große Herausforderungen und Gefahren. Die größte Gefahr besteht darin, zu glauben, dass man (selbst aus der Position der formal stärksten Partei) mit SPD und Grünen linke Politik umsetzen könnte. Es wäre ein großer Fehler, wenn sich Die Linke in Berlin erneut an einer Regierung beteiligt, die im besten Fall nichts Grundlegendes an den Lebensbedingungen verbessert. Im schlimmsten Fall wird sie jedoch durch die aktuelle ökonomische Krise, die begrenzten finanziellen Spielräume und die Logik des kapitalistischen Systems dazu gedrängt, selbst Verschlechterungen voranzutreiben.

Es ist richtig, dass die Regierungsbeteiligungen 2001–2011 und 2016–2023 unterschiedlich waren. Die Massenprivatisierungen öffentlicher Wohnungsbestände oder das Unterlaufen von Tarifverträgen durch Outsourcing in den Nullerjahren haben sich nicht wiederholt. Das hatte zum großen Teil auch mit den ökonomischen Rahmenbedingungen zu tun, die dem rot-rot-grünen Senat etwas Spielraum verschafften und sogar einige positive Maßnahmen ermöglichten. Das macht die Bilanz der letzten Regierungsbeteiligungen als solche aber nicht positiv. Diese haben nichts an den grundlegenden Problemen (wie der Wohnungskrise, dem Zustand der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem großen Anteil armer Menschen...) der arbeitenden Bevölkerung geändert. Einige Koalitionsversprechen, bestimmte Folgen der neoliberalen Politik rückgängig zu machen, wurden nicht umgesetzt. Die Beschäftigten bei Charité Facility Management und Vivantes Service GmbH wurden nicht wieder in den TVöD eingegliedert. Trotz des massiven Rückenwinds des erfolgreichen Volksentscheides und der DWE-Kampagne hat Die Linke absolut so gut wie keine Stimmen gewonnen und prozentual sogar verloren. Der Senat Giffey hat dann die Umsetzung des Volksentscheides zur Enteignung der Immobilienkonzerne begonnen zu verschleppen.

Selbst wenn einzelne wichtige Forderungen, wie eine Formulierung zur Umsetzung des Volksentscheides „DW enteignen“, den Weg in einen neuen Koalitionsvertrag finden würden, wäre das 1. noch keine Umsetzung und nicht das erste Mal, dass Koalitionsverträge das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen, und 2. keine Linderung für Kürzungen und

Angriffe, die mit SPD und Grünen an anderer Stelle vorgenommen werden müssten. Das gilt umso mehr, als die Zeichen auf ökonomische Krise stehen und der Druck der Bundesregierung auf Sozialkürzungen massiv zunimmt, was den ökonomischen Spielraum für Verbesserungen unter kapitalistischen „Sachzwängen“ zunichtemachen wird. Eine erneute Regierungsbeteiligung würde der Linken erneut schaden, viele Neumitglieder und Wähler*innen früher oder später enttäuschen und damit die positive Entwicklung der Partei umkehren.

Das sollte ebenso verhindert werden, wie ein weiteres Erstarren der AfD. Eine Regierung der Linken mit pro-kapitalistischen Parteien wird den Aufstieg der AfD nicht aufhalten. Die AfD nährt sich von der Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik und mit den sozialen Verhältnissen, ebenso wie von der rassistischen Spaltung, die auch von Union, SPD und Grünen betrieben wird. Wenn Die Linke als Teil dieses Establishments wahrgenommen wird oder faktisch so agiert, wird die AfD bei den nächsten Wahlen umso stärker – das zeigen alle Erfahrungen der letzten Jahre. Wenn in Thüringen Die Linke eine unionsgeführte Regierung stützt, macht sie es der AfD leicht, sich als einzige Opposition darzustellen. Nötig ist stattdessen, dass die Linke eine glaubwürdige Alternative von links bleibt und Klassenkämpfe von unten mit aufbaut.

Die meisten unserer Wähler*innen wollen, dass wir regieren. Das ist nachvollziehbar, weil sie sich davon eine soziale Politik erhoffen. Wir sollten daher offensiv aufzeigen, wie ein umfassender linker Politikwechsel aussehen würde und welche Voraussetzungen er mit sich bringt: eine sozialistische Ausrichtung und Klassenkampf außerhalb des Parlaments. Ausgehend von den Erfahrungen, die die Menschen mit SPD und Grünen gemacht haben, kann man ihnen erklären, warum das mit diesen Parteien nicht zu machen ist.

Eine Politik der „Roten Haltelinien“, also Bedingungen an eine Zusammenarbeit mit SPD und Grüne im Vorfeld bzw. in Verhandlungen zu formulieren, die den Eindruck erwecken, dass eine Einigung mit diesen Parteien möglich sei, halten wir für falsch – selbst wenn das Ziel ist, ihnen den Schwarzen Peter für gescheiterte Verhandlungen zuzuschieben.

Der „Rote Haltelinien“-Ansatz sagt mindestens implizit, dass SPD und Grüne theoretisch linke Politik machen könnten, wenn sie es denn wollten bzw. von der Linken in einer Koalition dazu gezwungen würden.

Indem man Bedingungen an SPD und Grüne stellt, orientiert man die Partei erst einmal auf Verhandlungen mit SPD und Grünen und ein mögliches Zusammenkommen. Damit gibt man diesen Parteien vor den Wähler*innen ein Image, welches sie nicht verdienen und spielt denjenigen in der Partei in die Hände, die eine Regierungsbeteiligung organisieren wollen.

Hinzukommt, dass man sich in eine Dynamik begibt, bei der wesentliche Bestandteile unseres Programms, die für einen linken Politikwechsel ja nötig wären, zur Verhandlungsmasse werden. Sie können so schon vor dem Koalitionsvertrag einkassiert werden.

Der Druck auf mehr Zugeständnisse wächst im Laufe der Koalitionsverhandlungen hingegen, wenn man einmal die Möglichkeit einer Einigung zugesteht. Auch die Rolle der bürgerlichen Presse sollten wir dabei nicht unterschätzen, welche versuchen wird, Die Linke

für ein mögliches Scheitern von Koalitionsverhandlungen (und damit auch der wenigen bereits getroffenen "guten" Vereinbarungen) verantwortlich zu machen. Das bringt uns in eine schwierige Position, gerade wenn wir eigentlich SPD und Grüne als unsozial entlarven wollen.

Die bisher in der bezirksweiten Strategiedebatte vorgebrachten Vorschläge für Rote Haltelinien (Umsetzung des Volksentscheides, Verbot zusätzlicher Privatisierungen in der Landesverfassung, Bundesratsinitiativen für Mietendeckel und Vermögenssteuer) halten wir zudem für äußerst begrenzt. Bundesratsinitiativen werden beerdigt, bisherige Privatisierungen akzeptiert, und wie, wann und zu welchen finanziellen Bedingungen der Volksentscheid mit SPD und Grünen genau umgesetzt wird, steht in den Sternen.